Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
[illegible]

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,050.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 324. Freitag den 20. November 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Garten-Verpachtung.

Von dem an der Promenade hinter dem „das Kloster“ benannten Hausgrundstück Klostergasse Nr. 5 gelegenen, der Stadtgemeinde gehörigen Garten ist die gekündigte erste Abtheilung (Nr. V.) links am Eingange von der Promenade aus vom 1. November 1886 an gegen einjährige Kündigung anderweit zu verpachten. Pachtgesuche sind auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, wo auch die Verpachtungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 11. November 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Heute ist
der Barbier Herr Carl Eduard Thierbach,
Wintergartenstraße 10 wohnhaft,
zur gewerbsmäßigen Ausübung der mikroskopischen Fleischbeschau verpflichtet worden.

Leipzig, den 14. November 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cichorius.

Gesucht

wird anderweit der am 29. Januar 1846 zu Rötha geborene Handarbeiter **Gottfried Ernst Müller**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 17. November 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Gesucht

wird der am 16. März 1851 in Möhlbach geborene Tischler
Friedrich Hermann Clauß,
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, 17. November 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse XVI
für die Hilfsarbeiter des Handels zu Leipzig und Umgegend
Sonntag, den 29. November 1885, Vormittags 11 Uhr.
Bureau des Verbandes, Weststraße 33, I., Zimmer Nr. 5.

Tagesordnung:
1) Aufnahme der Ortskrankencasse X in die Ortskrankencasse XVI.
2) Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
3) Vornahme der erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand.
4) Etwaige Anträge §. 50 Absatz 4 des Cassenstatuts.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 17. November 1885.

Der Vorsitzende:
Hermann Augustin. Ky.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse V
für die Textilindustrie zu Leipzig und Umgegend
Montag, den 30. November 1885, Abends 8 Uhr,
— Bureau des Verbandes, Weststraße Nr. 33, I., Zimmer 5. —

Tagesordnung:
1) Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
2) Vornahme der erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand.
3) Etwaige Anträge §. 50 Abs. 4 des Cassenstatuts.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 17. November 1885.

Der Vorsitzende:
C. G. Thieme.

Verkaufslocal.

In der Einfahrt zwischen dem Fürstenhause und dem Mauricianum, Grimmaische Straße Nr. 30/32, ist ein kleines Verkaufslocal vom 1. April 1886 an bis auf halbjährliche Kündigung meistbietend, jedoch vorbehältlich der Auswahl unter den Bietern, anderweit zu vermiethen.

Reflectanten werden ersucht
Dienstag den 24. dieses Monats Vormittags 11 Uhr
im Universitäts-Rentamt zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben, woselbst auch die Licitationsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, am 16. November 1885.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Auf allen Puncten wurden die Bulgaren von den Serben geschlagen mit Ausnahme von der Hauptstellung bei Slivnitza, wo die beiderseitigen Kerntruppen mit dem Fürsten Alexander und König Milan an der Spitze aufeinander stießen. Der serbische amtliche Bericht, der über die Einnahme von Widdin, von Breznik und Isvor Mittheilung macht, sagt nur ganz beiläufig, daß am 18. November um Slivnitza gekämpft wurde; dagegen meldet der Telegraph aus Sofia, daß der Angriff der Serben auf die Stellung von Slivnitza zurückgeschlagen wurde und daß die Bulgaren sodann zum Angriff übergingen und die Serben fünf Kilometer weit verfolgten. Durch diesen Erfolg der Bulgaren wird zwar voraussichtlich das Endergebniß des Krieges nicht verändert werden, aber immerhin wird es um einige Tage verzögert, und die Serben können sich wenigstens nicht rühmen, in unaufhaltsamem Siegeszuge bis nach Sofia vorgedrungen zu sein. Ein Theil der Serben rückt auf anderen Wegen nach Sofia vor über Breznik und Isvor. Ueber die weiteren Kämpfe bei Slivnitza werden vermuthlich schon Meldungen vorliegen, wenn diese Zeilen vor das Auge des Lesers treten.

Die Türkei hat inzwischen zu den Ereignissen Stellung genommen. Die Verantwortung für den Krieg bürdet sie Bulgarien auf, welches den Aufstand vom 18. September verschuldete; gegen die Verletzung des türkischen Gebietes durch Serbien legt sie Verwahrung ein, nimmt aber mit Befriedigung von der Erklärung Kenntniß, daß Serbien keine feindlichen Absichten gegen die Türkei hege; die Mächte endlich ersucht sie um Beschleunigung der Conferenz-Berathungen. Da die Türkei den Fürsten Alexander zugleich aufgefordert hat, Ostrumelien zu räumen, um dann etwaige Hilfe gegen serbische Angriffe weiterer Erwägung vorzubehalten, so hat sie ganz consequent die Haltung bewahrt, welche sie seit dem 18. September zur Richtschnur gewählt hat. Sie beruft sich stets auf den Berliner Vertrag, überläßt es aber den Mächten, über die erforderlichen Maßregeln gegen die geschehenen Verletzungen des Vertrages Bestimmung zu treffen. Um jeder Zeit den Beschlüssen der Mächte Folge leisten zu können, hat sich die Türkei in Vertheidigungszustand gesetzt und eine für alle Fälle genügende Streitmacht aufgestellt. Sie hat damit den Mächten jeden Vorwand entzogen, die Ordnung auf der Balkanhalbinsel ohne Rücksicht auf die Türkei wiederherzustellen; denn diese ist in der Lage, Ostrumelien militairisch zu besetzen und die Serben aus Bulgarien hinauszutreiben, sobald die Mächte den Wunsch äußern, daß dies geschehen möge.

Darin aber gerade zeigt sich der Widerspruch zwischen den Absichten der Türkei und den Vertragsmächten, daß die Türkei die Entscheidung der Mächte erwartet, während diese der Türkei die Initiative überlassen wollen. Die Haltung der Türkei erscheint auf den ersten Blick energielos, sie läßt vielleicht den günstigen Zeitpunct, welcher sie in den Stand setzen würde, eine ungeahnte Macht auf der Balkanhalbinsel zu entfalten, ungenutzt vorübergehen, aber andererseits läßt sich nicht verkennen, daß sie durch ihr Zögern den Mächten jeden Vorwand entzieht, wegen etwaiger Außerachtlassung der schuldigen Rücksichten seitens der Türkei selbstständig in die Bewegung einzugreifen.

Das Schauspiel, welches die Mächte den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel gegenüber bieten, ist von größtem Interesse für die Beurtheilung der Beweggründe, von welchen sie geleitet werden. Während das halbamtliche „Journal de St. Pétersbourg“ dem Fürsten Alexander räth, den Weisungen der Türkei Folge zu leisten, beeilt sich Gladstone, die vorsichtige und zweckmäßige Politik seines Nachfolgers Salisbury bezüglich der ostrumelischen Frage rühmend anzuerkennen. Beide aber, Rußland und England, kommen auf ganz entgegengesetzten Bahnen zu dem gleichen Ziele, das Vorgehen Serbiens zu verurtheilen. Es wäre von Werth für den zukünftigen Geschichtschreiber, alle die Schwenkungen zu verzeichnen, welche das „Journal de St. Pétersbourg“ im Laufe der zwei Monate, vom 18. September bis zum 18. November, durchgemacht hat von der Herstellung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel bis zur Wiederaufrichtung des früheren Zustandes einschließlich der Absetzung des Fürsten Alexander. Aus allen Phasen zwischen dem 18. September und dem 18. November läßt sich die Absicht herauslesen, stets die Hand im Spiele zu behalten, was auch die Türkei zu thun oder nicht zu thun für gut befinde. Die Unthätigkeit der Türkei war Rußland anfänglich willkommen, beim Eingreifen Serbiens in die Action wäre dieser Macht wahrscheinlich eine active Betheiligung der Türkei am Kampfe lieber gewesen. Da Rußland aber sieht, daß die Türkei auch jetzt noch nicht aus ihrer Zurückhaltung heraustritt, so weiß sich das „Journal de St. Pétersbourg“ auch mit dieser Wendung abzufinden und behält consequent die Miene des Friedensfreundes und Friedensstifters bei. Was geschehen wäre, wenn die Türkei in Ostrumelien einmarschirt wäre, ohne den Auftrag der Mächte, läßt sich zwar nicht mit Sicherheit behaupten, aber der Gedanke liegt nahe, daß Rußland dann die Maske abgeworfen und gegen die Türkei für die Bulgaren Partei ergriffen hätte. Diesen Weg hatte sich Rußland offen gehalten durch den Empfang der Deputation aus Philippopel in Fredensborg und durch das derselben gegebene Versprechen, die Sache der Bulgaren nach Möglichkeit in Konstantinopel zu vertreten.

Sehr verdächtig ist das Lob, welches Gladstone der Haltung Salisbury's in der ostrumelischen Frage ertheilt, weil es schwer ist, dasselbe für aufrichtig zu halten. Was an der Haltung Salisbury's vorsichtig genannt zu werden verdient, ist nicht abzusehen; denn vorsichtig läßt es sich doch nicht nennen, wenn man die Partei Aufständischer ergreift und eine Commission niedersetzen will, um ihre Wünsche zu prüfen. Was würde Salisbury dazu sagen, wenn die europäischen Mächte beantragten, daß eine Conferenz in Kairo die Wünsche der Sudanesen oder eine Conferenz in Bombay die Wünsche der Birmanen prüfen solle? Gladstone tadelt den Angriff der Serben und lobt zugleich die Politik seines Nachfolgers, welche diesen Angriff veranlaßt hat. Soll man mehr über die Inconsequenz Gladstone's erstaunen, oder über seinen Mangel an Aufrichtigkeit?

Die Türkei nimmt jetzt die Rolle, welche man ihr seit einem Menschenalter zugewiesen hat, bereitwillig an, sie verzichtet darauf, irgend etwas aus eigener Veranlassung zu thun, es sei denn, sich gegen jeden hinterlistigen Ueberfall durch umfassende Vertheidigungsmaßregeln zu sichern. Ob die Mächte sich ihr freundlich oder feindlich erweisen, ob sie für Wiederherstellung des früheren Zustandes in Ostrumelien eintreten oder für Untersuchung der Beschwerden der Bulgaren, gilt ihr gleich, sie hört die Vorschläge Rußlands und Englands mit gleicher Ruhe und Unempfindlichkeit an und sucht sich mit allen Mächten auf dem besten Fuße zu erhalten. Die Türkei geht von der Grundanschauung aus, daß Alles, was auf der Balkanhalbinsel geschieht, einen internationalen Charakter trägt, daß sie darüber nicht eigenmächtig Entscheidung zu treffen hat. Das ist ein Standpunct, welcher große Vortheile darbietet, weil er die Uneinigkeit der Mächte zur Grundlage hat. Die Mächte werden dadurch genöthigt, entweder mit ihren wahren Absichten hervorzutreten oder sie zu verschweigen und müßige Zuschauer von Ereignissen zu bleiben, die sie lieber benutzen würden, um ihre Pläne zu verwirklichen. Die Türkei verzichtet bei ihrer passiven Haltung zwar auf die wesentliche Verbesserung ihrer Lage, die sie durch eine kühne That heute mit Leichtigkeit erreichen könnte, aber sie sichert sich auf der andern Seite ihren gegenwärtigen Besitzstand. Veränderungen in den Machtverhältnissen der Balkanhalbinsel bedürfen der Zustimmung der Unterzeichner des Berliner Vertrages, das ist der Grundsatz, nach welchem die Türkei ihre Politik richtet. Dieser Grundsatz tritt von vornherein der Möglichkeit großer Erfolge hindernd in den Weg, aber den Vorzug hat er vor kühnen Thaten, daß er unvorhergesehene Zwischenfälle verhindert. Und das ist auch nicht werthlos.

* * *

Telegraphische Meldungen:

* **Belgrad**, 18. November. (W. T.-B.) Nach officieller aus Zaribrod, 17. d. Abends datirter Darstellung der Kriegsereignisse vom Beginn der Feindseligkeiten bis zum 16. d. besetzten die Serben Zaribrod am 14. d. Nachmittags. Am nächsten Tage fand ein vierstündiges heftiges Gefecht um Trn statt, welches mit einer gänzlichen Niederlage der Bulgaren endigte. Der Commandant Major Nicolajeff fiel, 300 Bulgaren wurden zu Gefangenen gemacht. Der König leitete persönlich die Operationen. Am 16. d. hatte General Leschjanin vor dem Einzug in Adlie ein heftiges Gefecht zu bestehen. Bei dem Weitermarsch nach Widdin wurden die serbischen Truppen am Flusse Witbol von den Bulgaren auf vier Seiten angegriffen, die Letzteren jedoch gänzlich geschlagen und lösten sich in wilder Flucht auf, wobei 1000 Gefangene und eine Menge Kriegsmaterial in die Hände der Serben fiel. Auch der Verlust der Letzteren ist bedeutend. Der Geist der serbischen Truppen ist vorzüglich, die Bevölkerung begrüßt sie überall begeistert als Befreier.

* **Belgrad**, 18. November. (W. T.-B.) General Leschjanin hat mit der Timok-Armee, nachdem er vorgestern die Bulgaren zwischen Kula und Widdin total geschlagen und ihnen 2000 Gefangene, viel Proviant und Munition abgenommen hatte, Widdin erreicht, sein rechter Flügel rückt auf der Straße nach Berkovac vor. Vor Slivnitza, um welches heute gekämpft wird, steht das Gros der Operationsarmee unter dem Obercommando des Königs. Die Morawadivision hat nach der Einnahme von Breznik den Weitermarsch auf Sofia angetreten, ein Theil derselben hat die aus 18 Schanzen bestehende Position von Isvor, auf der Straße von Küstendil, genommen. Die Bulgaren verließen das Schlachtfeld in wilder Flucht, ihr Commandant Phillipow verlor sein Archiv und seine Kriegscasse. (Wiederholt.)

Leipzig, 20. November 1885.

* In einem Provinzialblatte, dem in Wiesbaden erscheinenden „Rheinischen Courier“, wird der Wortlaut einer officiellen Kundgebung über die Feier des Regierungs-Jubiläums des Kaisers veröffentlicht: „Se. Maj. der Kaiser und König haben Kenntniß davon genommen, daß in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung Vorkehrungen getroffen werden, um Allerhöchstdemselben zu dem am 2. Januar 1886 eintretenden Verlaufe der 25jährigen Regierung die freudige Theilnahme des Landes zu bezeigen. Mit Rücksicht hierauf haben Se. Majestät ihre Willensmeinung dahin kundzugeben geruht, daß Allerhöchstdieselben zwar etwaigen Kundgebungen, welche bei jenem Anlasse aus dem Herzen des Volkes zum Throne dringen, nicht entgegen sein wollen, daß es indessen Ihr Wunsch sei, diese Kundgebungen auf ein thunlichst geringes Maß beschränkt zu sehen. Da der 2. Januar, der Tag des Regierungsantritts, zugleich der Todestag Allerhöchst Ihres Herren Bruders und Vorgängers in der Regierung, König Friedrich Wilhelm IV. Majestät, widerstrebt es dem Gefühl Seiner Majestät, eine solche Feier an diesem Tage zu begehen. Seine Majestät haben daher zu bestimmen geruht, daß, wo im Lande eine Feier des 25jährigen Regierungs-Jubiläums stattfindet, dieselbe auf den nächsten Tag, den 3. Januar, vertagt werde. Den Allerhöchsten Bestimmungen entspricht es, wenn an diesem Tage, welcher auf einen Sonntag fällt, im ganzen Lande bei dem Gottesdienste ein Dank gegen den Allmächtigen für den gesegneten Verlauf der bisherigen Regierungszeit Sr. Majestät eingeflochten wird. Dagegen wollen Seine Majestät bei dem bevorstehenden Anlasse öffentliche Aufzüge oder ähnliche Kundgebungen in Berlin nicht entgegennehmen. Es steht demnach nichts entgegen, daß die patriotische Freude über das frohe Ereigniß in den Provinzen sich in jeder angemessenen Weise öffentlich bethätigt. Ebenso wenig liegt es in den Wünschen Seiner Majestät, daß die Liebe des Volkes in Darbringung persönlicher Geschenke ihren Ausdruck sucht. Sofern größere Körperschaften, Gemeinden u. s. w. das Bedürfniß fühlen, an dem bezeichneten Tage Seiner Majestät ihre besonderen Glückwünsche darzubringen, wird es angemessen sein, wenn die Ausführung dieser Absicht sich auf die Uebersendung schriftlicher Adressen beschränkt; den Empfang von Deputationen würden Seine Majestät sich versagen müssen.“

* Der Bundesrath ertheilte in der am Dienstag unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld-Köfering abgehaltenen Plenarsitzung nachstehend aufgeführten Etats-Entwürfen, nämlich dem Etat der Verwaltung des Reichsheeres, dem Etat über den Reichs-Invalidenfonds, dem Etat des Auswärtigen Amts, dem Etat des Reichsschatzamts, dem Etat des Reichsamts des Innern und dem Etat der Reichsschuld, ferner dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1886/87 und dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen, seine Zustimmung. Die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1884/85 und die Vorlage betreffend die Revision der in den Motiven zum Kasernirungsplan angeführten Kostenüberschläge wurden dem Ausschuß für Rechnungswesen bezw. diesem Ausschuß und dem Ausschuß für das Landheer und die Festungen überwiesen. Behufs Wiederbesetzung einer erledigten Rathsstelle beim Reichsgericht wurde beschlossen, Sr. Majestät dem Kaiser einen Vorschlag zu unterbreiten. Endlich wurde über die geschäftliche Behandlung von Eingaben verschiedenen Inhalts Beschluß gefaßt.

* Die Reichstagseröffnung vollzieht sich diesmal unter einer bemerkenswerthen Veränderung in der Stellung der Parteien. Die Conservativen und das Centrum treten in einer gegenseitigen Mißstimmung und Erbitterung, wie seit langen Jahren nicht, in die parlamentarischen Arbeiten ein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese veränderte Frontstellung der conservativen Partei, wie sie selbst in der „Kreuzzeitung“ zum Ausdruck kam, den gegenwärtigen Anschauungen der Regierung durchaus entspricht. Indessen ist leider im Reichstag eine conservativ-nationalliberale Mehrheit nicht vorhanden, und durch die veränderte Stellung der Regierung und der regierungsfreundlichen Parteien zum Centrum wird die Opposition in einer Weise verstärkt werden, welche in den wichtigsten Fragen die Gewinnung einer Mehrheit für die Regierung sehr unwahrscheinlich macht. Unter diesem Gesichtspunct begreift es sich, wenn vielfach der Eindruck herrscht, der Reichstag beginne diesmal seine Arbeiten unter einer ganz besonders kritischen Constellation.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt der „Kreuzzeitung“ die folgende Abfertigung zu Theil werden:

„Es entspricht den großen Schwierigkeiten, welche es der „Neuen Preußischen Zeitung“ bereiten mag, ihren Lesern die Frontveränderung plausibel zu machen, welche sie vor einigen Tagen dem Centrum gegenüber ins Werk gesetzt hat, daß sie nun alltäglich in spaltenlangen Auseinandersetzungen mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Post“ und nationalliberalen Blättern die Rolle der verfolgten Unschuld zu spielen und den wahren Sachverhalt nach Kräften zu verschleiern bemüht ist. Für die reale politische Constellation sind diese Rückzugsmanöver ohne Bedeutung, und da wir nie um Worte zu streiten pflegen, haben wir auch keine Veranlassung, die genirte Lage des feudalen Organs durch eine weitere Polemik noch mehr zu erschweren. Wir erachten es auch als ziemlich gleichgiltig, wenn die „Neue Preußische Zeitung“ in gewohnter Bescheidenheit die Thatsachen auch insofern zu entstellen versucht, daß sie ihr Befremden darüber äußert, daß man von officiöser Seite „mit uns Conservativen“ Händel suche. Es gehört diese kleine Escamotage in das nämliche Register, aus welchem gewisse Invectiven der „Germania“ gegen die „Kreuzzeitung“ als Beweis für die Indifferenz der Letzteren gegenüber dem Centrum hervorgezogen werden. Ueber alle diese kleinen polemischen Schachzüge verlohnt es ernstlich nicht, weiter zu reden, und wenn die „Neue Preußische Zeitung“ es für nothwendig erachtet, noch ein weiteres Dutzend Spalten an die Übersetzung ihrer Wahltaktik zu wenden, so wird sie von uns in diesem löblichen Thun nicht weiter gestört werden.“

* Der Reichstag wird, wenn er beschlußfähig ist, nach allgemeiner Annahme, am Freitag die Präsidentenwahl vornehmen. Ohne Zweifel wird das bisherige Präsidium, von Wedell-Piesdorf, von Franckenstein und Hoffmann, durch Acclamation wiedergewählt werden, so daß diese Förmlichkeit nur kurze Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Sonnabend wird voraussichtlich frei bleiben und am Montag die erste Lesung des Etats beginnen, die sicher wieder mehrere Tage ausfüllen wird. Ob die Vollendung der Etatsberathung vor Weihnachten gelingen wird, steht noch sehr dahin.

* Durch die Bundesrathsbeschlüsse über den Reichshaushalts-Etat für 1886—87 hat derselbe eine nicht unwesentliche Veränderung in der Beziehung erfahren, daß die von vornherein vorbehaltene Revision der Ansätze für die Naturalverpflegung des Reichsheeres auf Grund der Octoberpreise zu einem Abstriche von rund 3,240,000 ℳ geführt hat. Zusammen mit einer fernerweiten allerdings weniger belangreichen Abminderung der einmaligen Ausgaben der Militairverwaltung hat sich hieraus eine Ermäßigung der ursprünglich mit einem Mehrbetrage von 24,960,498 ℳ angesetzten Matricularbeiträge um 3,386,516 ℳ, also auf 21,573,982 ℳ mehr gegen das Vorjahr ergeben.

* Im Militair-Etat pro 1886—87 sind bei den einmaligen Ausgaben 800,000 ℳ zur Beschaffung und Herrichtung von Verbandmitteln behufs Einführung der antiseptischen Wundbehandlung im Felde in Ansatz gebracht worden.

Die Einführung der antiseptischen (der die Wundzersetzung verhindernden) Wundbehandlung im Felde wurde seitens der Militairverwaltung schon seit einigen Jahren in Aussicht genommen. Diese Wundbehandlungsmethode löst die Aufgabe, zu verhindern, daß die Wunde eine Ablagerungsstätte wird für von außen eindringende, im Staube der Luft enthaltene Fremdkörper, welche mikroskopische Lebewesen und befähigt sind, als Entzündungs- und Fäulnißerreger zu wirken, Entzündung, Eiterung und jauchigen Zerfall nebst ihren gefährlichen Folgen herbeizuführen. Die antiseptische Wundbehandlung ist zwar nicht die vollkommenste und einzig richtige Methode, welche keiner Verbesserung fähig wäre, weil eben kein bis jetzt bekanntes Desinfectionsmittel seinen Zweck vollständig erreicht, allein durch das antiseptische Verfahren wird, wie Professor Dr. v. Bergmann auf der 58. deutschen Naturforscher-Versammlung hervorhob, das Ideal der guten Wundbehandlung annähernd erreicht. Nachdem die antiseptische Wundbehandlung sich durch langjährige Erfahrungen bewährt hat, trat auch die Armeeverwaltung der von verschiedenen Seiten angeregten Frage näher, ob die Einführung dieser Methode in den Feldlazarethen und selbst auf den Verbandplätzen der Schlachtfelder sich empfehlen würde. Eine auf Anregung des Kaisers vom Kriegsminister im letzten Frühjahr einberufene Conferenz hervorragender Militairärzte, Chirurgen und Hygieniker hat diese Frage in bejahendem Sinne entschieden, und dies hat die Militairverwaltung veranlaßt, zu dem gedachten Zwecke im Militairetat pro 1886—87 die Summe von 800,000 ℳ zu fordern. Eine andere Frage ist aber die, ob in der Armee auch das geeignete Personal in ausreichendem Maße vorhanden ist, um die antiseptische Wundbehandlung durchweg mit Erfolg in Anwendung zu bringen. Nach der Ansicht der hervorragendsten Chirurgen, z. B. des Prof. v. Bergmann, bedarf es zur erfolgreichen Anwendung des antiseptischen Verfahrens einer vollständigen wissenschaftlichen Ausbildung und kann bei der Behandlung jedes einzelnen Falles von Verwundung eine von wissenschaftlichen Kenntnissen geleitete, sorgfältige Beurtheilung und Berücksichtigung der vorliegenden besonderen Verhältnisse nicht entbehrt werden.

* Ein kurzsichtigerer und kleinlicherer Einwand gegen unsere Colonialpolitik kann wohl nicht gemacht werden, als der, daß sie bisher nur Geld gekostet habe, ohne daß ein sichtbarer Nutzen dabei herausgekommen wäre. Gleichwohl werden wir in den bevorstehenden Reichstagssitzungen diesen Vorwurf angesichts der erhöhten Forderungen für coloniale Zwecke ohne Zweifel wieder reichlich zu hören bekommen. Die Vorspiele dazu in der oppositionellen Presse haben schon begonnen. Seit wenig mehr als einem Jahre wird jetzt eine active deutsche Colonialpolitik betrieben, und da verlangt man schon einen ziffermäßig nachweisbaren Gewinn! Was würde man zu einem Kaufmann sagen, der ein im größten Umfang angelegtes Geschäft begründet und es dann entmuthigt auflöst, wenn in den ersten vier Wochen der Gewinn nicht den Einrichtungskosten entspricht! Wir wünschten, ein Statistiker versuchte einmal zu berechnen, wie viel Capital und Arbeit England seit Jahrhunderten in seinen Colonialbesitz gesteckt hat. Und doch, wenn man zu den ungeheuerlichsten Resultaten käme, wer möchte sagen, diese Aufwendungen hätten sich nicht im reichsten Maße gelohnt? Ohne seinen in jahrhundertelanger Arbeit erworbenen, entwickelten und ausgenutzten Colonialbesitz wäre England ein politisch und wirthschaftlich zurückgebliebener Staat, vielleicht von der Bedeutung Schwedens. Lediglich durch seine überseeischen Unternehmungen und Erwerbungen ist es zu der Weltmacht geworden, als welche es jetzt dasteht, und im Stande gewesen, seine gewaltige industrielle Entwickelung zu entfalten. Und nun stelle man sich einen englischen Kritiker vor, der, wie es bei uns z. B. Herr Dr. Bamberger thut, bei den ersten Anfängen englischer Colonialthätigkeit über die paar tausend Pfund gejammert hätte, die nutzlos zum Fenster hinausgeworfen würden. Einem solchen Manne würde für ewig der